



Zuger SVP-Finanzdirektor hat Meinung geändert Heinz Tännler, warum sind Sie plötzlich für die 10-Millionen-Initiative?

Noch vor einem halben Jahr warnte der Zuger SVP-Finanzdirektor Heinz Tännler (66) mit drastischen Worten vor der 10-Millionen-Initiative der eigenen Partei. Eine strikte Obergrenze sei «gefährlich» und würde die Wirtschaft «auf einen Schlag abwürgen», liess er sich in der «NZZ» zitieren. Ein gewisses Wachstum müsse möglich bleiben, denn Wachstum bedeute Wohlstand. Kurz vor der Abstimmung am 14. Juni folgt nun die Kehrtwende: Tännler wird ein Ja in die Urne legen. In seinem Büro im fünften Stock der Zuger Finanzverwaltung erklärt der Regierungsrat, warum er seine Meinung geändert hat – und weshalb er trotz der Tiefsteuerepolitik seines Kantons beim Bevölkerungswachstum plötzlich auf die Bremse treten will.

Blick Herr Tännler, Ende 2025 haben Sie sich noch gegen die 10-Millionen-Initiative geäussert, jetzt haben Sie Ihre Meinung geändert. Warum?

Heinz Tännler: Richtig. Das darf man in der Schweiz, wenn es gute Argumente dazu gibt. Welche Gründe hatten Sie? Ich bin grundsätzlich für Wachstum. Man könnte jetzt sagen, das sei ein Widerspruch: Auf der einen Seite bin ich für die Initiative, auf der anderen Seite für Wachstum. Es ist aber nicht so, dass es mit der Initiative gar kein Wachstum mehr gäbe. Die Frage ist vielmehr: Was für ein Wachstum kann man noch verantworten? Sicher keines mehr in diesem Tempo.

Schon vor einem halben Jahr hatten Sie Verständnis für das Anliegen gezeigt, die Initiative trotzdem als zu absolutistisch abgelehnt. Der fehlende Gegenvorschlag des Bundesrats hat mich unter anderem zum Umdenken bewogen. Wenn man auf die Strasse geht und mit den Leuten redet, sieht man doch, dass wir ein Problem haben. Alle sagen: Wir haben einen unglaublichen Wachstumsdruck. Der Bundesrat und auch das Parlament ignorieren das Problem. **Der Bundesrat hat einen Strauss an Massnahmen vorgelegt.** Die sind doch zahlos. Und die Verschärfung der Lex Koller ist ein Schuss in den Ofen, eigentlich eine Nulllösung. **Und sonst?** Ich unterstütze die Idee einer Zuwanderungsabgabe. Vor acht Jahren hielt etwa die FDP dies noch für eine Schnapsidee. Heute kommen FDP-Ständeräte und machen die Idee salonfähig. Gemacht wird dann trotzdem nichts. **Der Bundesrat hat letzte Woche einen Bericht dazu veröffentlicht.**

Aber man muss diese Ideen endlich umsetzen! Das ist das Problem: Man hätte Massnahmen, aber handelt nicht. Das ist eine ignorante Haltung gegen-

über dem Volk. Der nächste Punkt: Wir sprechen ewig vom Fachkräftemangel. Da sollten wir unsere Hausaufgaben machen. Wir brauchen Ausbildungsöffensiven und müssten zum Beispiel mehr Ärzte ausbilden. Und was machen wir? Wir haben den Numerus clausus, importieren dann aber Tausende Ärzte. **Diese Probleme sind nicht neu. Und auch vor einem halben Jahr war schon klar, dass der Bundesrat keinen Gegenvorschlag will. Nochmals: Warum haben Sie Ihre Meinung geändert?** Ich nahm mir die Zeit, mich mit den verschiedenen Argumenten vertieft auseinanderzusetzen. Das löste etwas aus. Ich finde Deckelungen per se nicht gut. Aber die Argumente für die Initiative sind für mich überzeugender. **Die Initiative ist doch faktisch eine Deckelung.** Sie hat eine Deckelung bei 10 Millionen, lässt aber Wachstum zu. Brutto können immer noch über 100 000 Personen pro Jahr in die Schweiz kommen.

Ihre Partei spricht von 40 000 Personen pro Jahr. Ja, aber wenn 40 000 Personen netto zuwandern, kommen brutto vielleicht 140 000 in die Schweiz und 100 000 gehen raus. Ich sage einfach: Man muss mehr steuern und schauen, wer in die Schweiz kommt. **Wie würden Sie das konkret umsetzen? Die SVP sagt, man wolle es über den Familiennachzug und das Asylwesen regeln.** Asyl und Familiennachzug sind sicher ein Thema. Mit einer Fachkraft kommen oft die Partnerin oder der Partner, die Kinder, die Grosseltern und so weiter. Tür und Tor stehen offen – und das ohne Eintrittsgebühr. So kann es nicht weitergehen. Andere Einwanderungsstaaten haben auch ihre restriktiven Regeln festgelegt, und es funktioniert. **Die Hebelwirkung bei Familiennachzug und Asyl ist begrenzt. Alleine über den Familiennachzug kamen 2025 über 25 000 Personen aus der EU in die Schweiz. Müssten Kontingente eingeführt werden?**

Ich kann mir Kontingente wie bei Drittstaaten vorstellen. Ein Kanton wie Zug hätte für den Arbeitsmarkt ein bestimmtes Kontingent an Fachkräften. Dann müsste man stärker auf Qualität statt Quantität setzen. Wie das konkret umgesetzt wird, ist Sache des Bundes. **Damit würde die Personenfreizügigkeit verletzt. Das würde Brüssel kaum langfristig akzeptieren. Nehmen Sie das Ende des Abkommens in Kauf?** Nein, das möchte ich nicht. Ich weiss, dass Umsetzungsprobleme bestehen können – aber es gibt auch viele Widersprüche bei den Gegnern, die keine Lösungen vorlegen und teilweise mit zwiespältigen Argumenten operieren. **Sie sind als Zuger Regierungsrat quasi in der komfortablen Lage, dass Sie ja sagen können zur Initiative.** Das ist so. In der Finanzplanung für 2028 rechnen wir mit 600 Millionen Franken Überschuss. Ich bin ein liberaler Geist, aber muss man wirklich 600 Millionen plus schreiben? **Wenn die Zuwanderung als Korrektiv für den demografischen Wandel sinkt, steigt der Druck auf die Sozialversicherungen. Fordern Sie im Gegenzug zur Initiative eine Erhöhung des Rentenalters auf 67?** Wir müssen über eine Erhöhung des Rentenalters diskutieren. Ich bin 66 und fühle mich gut. Wer im Büro arbeitet, kann länger weitermachen als jemand auf dem Bau. Das ist aber nicht der einzige Punkt. Der Generationenvertrag funktioniert nicht mehr. **Erklären Sie.** Die Schweiz hat zu wenig Nachwuchs. Wir müssen die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern – Kinder dürfen nicht zum finanziellen Risiko werden. Den Geburtenrückgang alleine durch Zuwanderung zu kompensieren, ist falsch. Wir müssen bei der Bildung, beim Pflegepersonal und bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ansetzen. Stattdessen reden wir mantramässig immer über Zuwanderung und meinen, alles sei dann gelöst. **Gab es Druck aus der Partei, nachdem Sie sich ursprünglich gegen die Initiative geäussert haben?** Nein. Ich habe kein Problem, meine Meinung zu sagen. Das sind meine eigenen Überzeugungen und Überlegungen.

INTERVIEW: CELINE ZAHNO

«Wir müssen über eine Erhöhung des Rentenalters diskutieren.»

«Der fehlende Gegenvorschlag hat mich zum Umdenken bewogen.»



Heinz Tännler, Zuger SVP-Finanzdirektor.